Fraktionen fordern ein Verkehrskonzept

Gemeinsamer Antrag zielt auf eine Entlastung Achims durch Lösungen für den nördlichen Landkreis ab

VON KAI PURSCHKE

Achim. Die Ratsfraktionen wollen es wissen. So haben die Gruppe SPD/Mindermann, die CDU, die Grünen, die FDP und die WGA nun einen gemeinsamen Antrag auf den Weg gebracht, der die Erstellung eines Verkehrs- und Mobilitätskonzeptes für den nördlichen Bereich des Landkreises Verden zum Ziel hat. Wie berichtet, plant der Landkreis Verden bisher, im Rahmen der erfolgten Diskussion über einen dritten Allerübergang ein Verkehrs- und Mobilitätskonzept nur für den Südkreis zu erstellen.

In ihrem Antrag an Bürgermeister Rainer Ditzfeld führen die Achimer Ratsfraktionen auf, dass das Konzept "neben der Verbesserung des Quell-, Ziel- und Transitverkehres nach und von sowie durch Achim auch die Beeinflussung dieser Situation durch überregionale Verkehre" aufzeigen möge. Und das insbesondere für den Fall von Störungen im Verkehrsnetz. Den Fraktionen ist klar, dass ihr gefordertes Konzept auch die Nachbargemeinden sowie den Landkreis Verden betrifft. Daher soll sich Ditzfeld "mit den Vertretern dieser Gebietskörperschaften abstimmen und sich für eine gemeinschaftliche Erstellung eines gemeinschaftlichen finanzierten Konzepts einsetzen".

Außerdem soll auf Grundlage des Status quo das Verkehrsaufkommen im Jahr 2030 berechnet und dafür Lösungsansätze aufgezeigt werden. Denn bereits jetzt sei Achim durch die einzige Weserquerung zwischen Bremen und Verden/Aller im besonderen Maße von motorisierten Verkehr betroffen. Dazu komme: "Bei Störungen im überregio-



Gewohntes Bild in Achim: Auf den Hauptstraßen im Stadtgebiet geht immer öfter gar nichts mehr voran – wie hier auf der Uphuser Heerstraße.

nalen Netz der Bundesautobahnen und Landesstraßen belastet der Verkehr in der Spitze das örtliche Netz weit über die Grenzen der Leistungsfähigkeit." Das Verkehrsnetz in Bremen biete aufgrund fehlender Weserquerungs-Kapazitäten keine Möglichkeit, dass diese Umleitungsverkehre dort Aufnahme finden könnten, meinen die Fraktionen.

Und mit dem an der Landesgrenze geplanten Projekt Achim-West und dem dazugehörigen neuen Autobahnanschluss erwarten die Fraktionen zwar, dass Uphusen und der westliche Teil Achims entlastet werden. Aber: "Für die übrigen Ortsteile sind bisher weder Planungen noch Perspektiven aufgezeigt worden, die vor allem die Wohnbereiche Stadtmitte, Uesen und Baden entlasten können. Hinzu kommt, dass durch die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich der Gemeinde Oyten die Ortschaft Embsen in zunehmenden Maße verkehrlich belastet wird." Daher könnten mögliche Lösungen

für eine Entlastung nicht allein auf dem Gebiet der Stadt Achim entwickelt werden.

Der Antrag wird bereits in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am Dienstag, 12. Dezember, ab 17 Uhr im Rathaus behandelt. Das ist auch der Grund, warum die auf der Online-Plattform "achimdialog" diskutierten Themen (wir berichteten) nun auf eine spätere Sitzung verschoben werden.